

SYSTEMRELEVANT 94

Wie sich der Krieg in der Ukraine inklusive aller Sanktionen auf die Wirtschaft auswirken könnte, besprechen Sebastian Dullien und Marco Herack in einer neuen Folge.

Marco Herack:

Heut ist Montag, der 7. März 2022. Willkommen zur 94. Ausgabe von Systemrelevant. Sebastian Dullien, ich grüße dich.

Sebastian Dullien:

Hallo Marco.

Marco Herack:

Du bist der Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, bekannt als IMK bei der Hans-Böckler-Stiftung. Ja, hast du denn den ersten Kriegsschock schon überwunden?

Sebastian Dullien:

Ja, den ersten Schock schon, aber das ist natürlich wirklich keine schöne Situation. Also wenn man morgens eigentlich gar nicht das Handy anmachen möchte oder auf den Computer gucken möchte, weil man die Nachrichten nicht sehen möchte, das ist eigentlich schon unschön. Und ich glaube, das geht uns ja allen so, das ist einfach sehr belastend. Weil man nicht weiß, wie es jetzt weitergeht, wie es militärisch weitergeht, was da für, ja, unsere Kinder passiert und für uns selber. Also das ist wirklich echt eine unschöne Situation. Aber, klar, der allererste Schock ist jetzt erst mal, ja, so ein bisschen der Analyse gewichen, was denn jetzt wirtschaftlich das Ganze bedeutet.

Marco Herack:

Da wollen wir nämlich heute drüber reden. Aber bevor wir dazu kommen, vorweg wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, um Ideen, Fragen oder Unmut kundzutun, dann könnt ihr uns beispielsweise auf Twitter antickern @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen und Anregungen bitte einfach einsenden. Und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. So und wer Twitter nutzt, der kann Sebastian dort finden als @SDullien, also Sebastian Dullien. Mein Name ist Marco Herack und, ja, ich habe es ja schon gesagt, wir möchten uns heute über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine unterhalten. Das heißt, wir werden natürlich in dem Sinne nicht oder nur bedingt uns mit der humanitären Katastrophe befassen, die dahintersteht. Das bitte ich uns nachzusehen und mitzudenken bei der ein oder anderen Aussage, die wir hier vielleicht tätigen, weil manchmal wirkt wirtschaftliche Betrachtung halt unangemessen kalt, aber es ist in keinem Fall dann auch so gemeint. Sebastian, vielleicht mal so eine grundsätzliche Frage zu Beginn. Kann man denn die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Krieges abschätzen beziehungsweise in dem Falle schon jetzt abschätzen?

Sebastian Dullien:

Das ist wahnsinnig schwierig für uns Ökonominnen und Ökonomen. Also wir sitzen jetzt auch gerade wieder da dran und fangen an, unsere nächste Prognose zu machen und da stellen wir uns genau auch diese Frage, was man da tun kann. Die Modelle sind dafür natürlich erst mal alle so nicht geeignet. Bei den Modellen kann ich halt reingeben, was passiert, wenn ich irgendwo eine Steuer senke um ein, zwei Prozentpunkte, aber da ist keine Option, dass ich sage, so, da ist jetzt ein kriegerischer Konflikt und da möchte ich jetzt gern wissen, was das bedeutet für das Bruttoinlandsprodukt und so weiter. Das hat damit zu tun, dass ja dieses ökonomische Modell im Prinzip, und auch die Ökonominnen und Ökonomen, mit Präzedenzfällen arbeiten. Dass zumindest die Modelle probieren, aus früheren Regelmäßigkeiten raus zu schätzen oder raus zu lesen aus den Daten, was passiert, wenn, ja, so was wieder passiert. Jetzt ist das Problem, dass wir zum Glück nicht so viel historische Präzedenzfälle haben aus den letzten Jahrzehnten von einem Krieg, der direkt vor unserer Haustür stattfindet. Ja, da muss man halt gucken, was man jetzt tut. Und eine Möglichkeit ist dann, dass man einmal den Krieg in verschiedene Wirkungskanäle jetzt mental zerlegt und guckt, wie die wirken könnten und sich dann vielleicht auch andere Konflikte anschaut. Denn auch wenn wir jetzt nicht so einen Krieg hatten, gibt es ja andere Konflikte. Wir hatten ja durchaus Jugoslawienkrieg. Das war auch ein Krieg vor unserer Haustür. Das war jetzt kein Krieg, wo eine Atommacht im Hintergrund stand und man sich Sorgen machen musste, ob es nicht zu einer Eskalation zum Dritten Weltkrieg kommt. Aber es war eben ein Konflikt und wir haben auch andere Konflikte gehabt, wo die Energiepreise betroffen waren, wie das jetzt auch wieder der Fall ist. Also ich erinnere mal an die Invasion des Iraks in Kuwait Anfang der 90er Jahre oder den zweiten Irakkrieg, als dann USA mit George W. Bush in den Irak einmarschiert sind. Das sind natürlich auch so kriegerische Auseinandersetzungen, wo man schon zumindest so ein bisschen sehen kann, wie reagieren die Menschen und wie reagieren die Unternehmen da drauf.

Marco Herack:

Wie sind da so deine Ideen zur aktuellen Lage?

Sebastian Dullien:

Das sind grob drei große Kanäle, wie jetzt so der Konflikt die Wirtschaft beeinflusst. Das sind einmal die Energieversorgung und die Energiepreise. Also höhere Energiepreise, die nehmen natürlich Kaufkraft weg von den Haushalten, aber die belasten auch die Unternehmen. Und was jetzt speziell ist, wir haben auch das Potenzial von Versorgungsengpässen. Das ist jetzt was, was wir das letzte Mal tatsächlich in den 70er Jahren hatten, als es da mal das Ölembargo gab gegen einige westliche Länder. Der zweite große Kanal ist die Unsicherheit. Denn dadurch, dass man jetzt nicht weiß, wie es genau weitergeht, werden Unternehmen sich mit Investitionen zurückhalten. Das ist eigentlich immer ganz gut belegt, weil das für ... also wenn die Unternehmen nicht wissen, ob es jetzt im nächsten Jahr eine

Kohleversorgung gibt aus Russland oder ob man die aus Australien kaufen muss oder ob man vielleicht gar keine Kohle bekommt, dann wird man natürlich alle Investitionen, die irgendwie in diese Richtung gehen, erstmal aufschieben. Und die Unsicherheit könnte im Prinzip auch auf dem Privatkonsum lasten. Das heißt, die Menschen könnten Angst haben und deshalb ihr Geld nicht ausgeben. Wobei das etwas ist, was wir jetzt empirisch eigentlich bei den vergangenen Konflikten nicht gesehen haben. Und dann ist der dritte Kanal, das sind eigentlich die wirtschaftspolitische und die politische Reaktion. Da gehören einmal die Sanktionen dazu, aber dann auch andere Maßnahmen, die die Politik machen wird, wie zum Beispiel jetzt mögliche Aufrüstung oder die Versorgung von Flüchtlingen in Notunterkünften und alles, was dann da dranhängt. Diese Sanktionen treffen natürlich einerseits die Nachfrage von Unternehmen sehr unterschiedlich. Also die, die Container für Notunterkünfte bauen, die haben jetzt mehr Nachfrage und produzieren dann mehr. Das haben wir auch in der letzten Flüchtlingskrise gesehen. Aber gleichzeitig natürlich die Unternehmen, die jetzt mit Russland, mit der Ukraine zu tun haben, die sind dann von ihrer Nachfrage da getroffen. Also die können ihre Sachen nicht mehr verkaufen. Und dann, und das ist jetzt, glaube ich, etwas, was wir bei früheren Sanktionen selten gesehen haben – oder Auseinandersetzungen – dass die Lieferketten wieder massiv betroffen sein können. Also die Ukraine ist zum Beispiel ein relativ großes Land und bestimmte Teile für Autos werden in der Ukraine hergestellt, also so Kabelteile und so was. Und da, das wusste ich vorher auch nicht, da ist wirklich der Anteil der Ukraine als Zuliefererland für die deutschen Automobilhersteller ziemlich groß. Und das ist auch der Grund, warum zum Beispiel Volkswagen in einigen Werken jetzt schon wieder Kurzarbeit angemeldet hat. Dann kommen jetzt andere Rohstoffe im Fall Russlands dazu, Palladium, aus der Ukraine seltene Gase, und all das kann auch noch mal dann da zu Produktionsunterbrechungen führen.

Marco Herack:

Also gerade in der Ukraine, aber auch kombiniert mit Russland, die verkaufen ja sehr viel Weizen in die Welt, das betrifft uns jetzt weniger, aber zum Beispiel Nordafrika kauft da sehr viel, sodass da dann auch zu erwarten ist, dass gerade jetzt mit dem Krieg in der Ukraine dann dort die Lebensmittelpreise zum Beispiel steigen.

Sebastian Dullien:

Genau. Das habe ich jetzt noch nicht erwähnt. Vielleicht hätte man dann eher sagen sollen, statt Energie und Energiepreisen, Rohstoff und Rohstoffpreise für den ersten Kanal. Aber diese Lebensmittel, die anderen Rohstoffe sind da eben auch sehr relevant. Und du hast schon richtig gesagt, die Ukraine und Russland – Russland ist auch einer der größten Produzenten von Weizen, die Ukraine ist, glaube ich, etwa so wie Deutschland, aber die exportieren ziemlich viel Weizen. Und das ist eben insbesondere für die ärmeren Länder total wichtig, weil die da ihren Weizen her kriegen. Und ehrlich gesagt, wenn bei uns der Brotpreis sich verdoppelt, ist das

nicht ganz so tragisch, weil bei uns eigentlich niemand einen riesigen Anteil seines Einkommens für Brot ausgibt. Aber wenn das in einem afrikanischen Land passiert, dann ist das schon ... das hat da richtig Auswirkungen auf die Armut. Also das kann da richtig große Folgen haben.

Marco Herack:

Ja, aber auch auf die Staaten, weil teilweise wird das Brot dann wieder subventioniert. Dann muss der Staat da das ausgleichen. Der hat dann aber vielleicht nicht das Geld. Also das ist ein ziemlich komplexer Vorgang, der recht breite Auswirkungen am Ende haben wird. Und ich glaube, wir können das auch momentan noch gar nicht abschätzen, was genau davon alles betroffen ist. In der Ukraine sind ja zum Beispiel auch sehr viele Softwareentwickler tätig gewesen, die für Europa produziert haben oder auch direkt Software angeboten haben, die vielfach genutzt wird. Also auch da wird man dann das ein oder andere spüren, in welcher Form auch immer.

Sebastian Dullien:

Die Softwareindustrie hat ja den Vorteil, und auch die Softwaredienstleistung, dass die relativ leicht verlagerbar sind. Das ist ein bisschen was anderes als die Palladiumförderung. Also die Palladiumförderung kannst du im Zweifel ... da gibt es einfach keine Chance, die woanders zu machen oder nicht so schnell. Es gibt noch ein paar andere Quellen. Die kannst du natürlich aufbauen, aber wenn du jetzt ein kleines Softwareunternehmen in Kiew hattest und die Beschäftigten jetzt irgendwie flüchten könnten und es sowieso in einer Cloud stattgefunden hat, kannst du relativ viel davon einfacher meinetwegen in Berlin oder Prag wieder ans Netz gehen lassen.

Marco Herack:

Es gibt aber auch noch andere Auswirkungen. Also die Bundesregierung hat ja angekündigt, dass sie jetzt ein großes Maßnahmenpaket da schnüren möchte. Da sind dann zum Beispiel auch auf einmal sehr hohe Militärausgaben dabei

Sebastian Dullien:

Klar. Also diese 100 Milliarden, die da jetzt als Zusatzausgaben kommen, das ist natürlich auch was, was dann irgendwie auf die Konjunktur wird. Wobei man sich da halt fragen muss, wie schnell wird das überhaupt nachfragewirksam. Also nach allem, was wir wissen, dauern ja militärische Beschaffungen auch eine gewisse Zeit. Und selbst wenn man das jetzt alles beschleunigt, ist das kurzfristig wahrscheinlich nicht so relevant für das Wirtschaftswachstum. Da sind diese 100 Milliarden, das hört sich zwar sehr viel an, aber wenn ich das richtig interpretiere, dann geht es um 100 Milliarden zusätzlich über die Legislaturperiode verteilt. Wahrscheinlich wird man dieses Jahr relativ wenig davon direkt ausgeben können, zumal ja auch beim Militär ... ein Teil davon sind ja auch einfach Personalmittel. Und so schnell kriege ich ja auch gar kein Personal dafür. Das sind so Sachen, das wird dann eher so in

Richtung 2023, 2024 sein. Aber klar, natürlich, das verändert schon auch diese makroökonomischen Rahmenbedingungen, wenn der Staat permanent, ja, ein Prozent des BIPs, darum geht es ja fast, oder ein knappes Prozent des BIPs, des Bruttoinlandsproduktes, mehr ausgeben wird.

Marco Herack:

Ich will es mal gleich an der Stelle ansprechen, auch wenn es nicht unbedingt dazu passt, aber es ist jetzt in den letzten Tagen schon wieder so ein bisschen die Diskussion hochgekocht, dass diese höheren Militärausgaben ... vielleicht fangen wir mal so an: Die kommen ja aus einem Sondervermögen. Sondervermögen – was heißt das? Hat der Bund da irgendwo Geld rumliegen?

Sebastian Dullien:

Also Sondervermögen hört sich immer so an, als hätte man da irgendwas. Sondervermögen bezeichnet einfach nur, dass das eine eigene buchhalterische Abgrenzung ist, die nicht im normalen Haushalt enthalten ist. Und das muss man sich jetzt so vorstellen, bei diesem Sondervermögen, da wird man sagen, wir etablieren jetzt ein, ja, Sondervermögen Nachrüstung oder was auch immer oder Ertüchtigung der Bundeswehr und gibt diesem Sondervermögen das Recht, 100 Milliarden Euro sich zu leihen im Namen der Bundesrepublik Deutschland. Dann würde das Sondervermögen sich das Geld leihen und da sieht man schon, dass es jetzt nicht unbedingt ein positives Vermögen ist in dem Sinne, wie wir es umgangssprachlich benutzen, und würde davon dann eben bestimmte Sachen bei der Bundeswehr kaufen oder Ausgaben der Bundeswehr stützen.

Marco Herack:

Also kurz gesagt, man macht mehr Schulden?

Sebastian Dullien:

Man macht mehr Schulden und man macht es außerhalb des regulären Bundeshaushalts.

Marco Herack:

Und damit ist es dann wieder nicht wirksam für die Schuldenbremse?

Sebastian Dullien:

Genau. Das ist die Idee. Also wenn man das jetzt in die Verfassung reinschreibt, dann könnte man ja sagen, da ist ein Sondervermögen, das wird bei der Schuldenbremse nicht mitgezählt.

Marco Herack:

Der Diskurs bei den Militärausgaben war jetzt, dass viele Leute sofort Angst bekommen haben und gesagt haben, das wird jetzt irgendwie durch Kürzung von Sozialausgaben finanziert. Wir wissen natürlich nicht, welche das sein könnten. Die

einen haben von Kitas erzählt, die anderen, dass man das bei Hartz-IV-Empfängern kürzt, keine Ahnung. Also das wissen wir nicht. Aber das ist doch kein gangbarer Weg, zu sagen, wir erhöhen jetzt die Militärausgaben und kürzen dafür die Sozialausgaben, oder?

Sebastian Dullien:

Man hat manchmal den Eindruck, dass bei diesen Debatten die Leute das, was sie sowieso immer schon haben wollten, wieder noch mal nach vorne stellen. Also die einen sagen dann, ja, jetzt sieht man, dass wir uns den Sozialstaat so nicht mehr leisten können, weil wenn wir die Schuldenbremse so einhalten wollten wie bislang und gleichzeitig keine Steuern erhöhen wollen und gleichzeitig mehr für Militär ausgeben wollen, dann ist das einfach nur, ja, eine mathematische Logik, dass man dann natürlich bei Sozialausgaben irgendwann kürzen muss. Das ist aber natürlich so überhaupt nicht zwingend. Denn die Schuldenbremse ist viel, viel strenger als das, was wir eigentlich brauchen für eine Schuldennachhaltigkeit. Und wenn man da sich mal ehrlich machen würde und sagen würde, Freunde, jetzt lasst uns mal wirklich gucken, wir brauchen keine Schuldenbremse, die angelegt hat, dass die Schuldenquote permanent schrumpft, sondern es reicht völlig, wenn wir bei dem gleichen Niveau bleiben, wo wir jetzt sind, dann könnte man auch einfach insgesamt ein bisschen mehr ausgeben. Und dann müsste man das nicht auf Kosten von den Sozialausgaben machen.

Marco Herack:

Das heißt also, wer jetzt sagt, ich will die Schuldenbremse unbedingt aufrechterhalten, der muss dann auch in der Folge natürlich Kürzungen vorschlagen? Das ist ja dann so ein bisschen die Logik da drin.

Sebastian Dullien:

Man kann ja auch Steuern erhöhen. Das Interessante ist ja, dass die Leute, die die Schuldenbremse jetzt unbedingt einhalten möchten, dass die auch automatisch Steuererhöhungen ausschließen. Wobei man ja das auch ... man könnte jetzt auch moralisch argumentieren, dass es immerhin die Reichen und der Unternehmenssektor war, der von dem Handel mit Russland profitiert hat und dass deshalb die jetzt auch eine gewisse Steuer zahlen könnten. Ich finde, das ist nicht so zwingend, dass man sagt, das muss man ausschließen. Das ist bei einer Partei, die in der Bundesregierung sitzt, so ein bisschen eine Ideologie, aber es hat überhaupt keine ökonomische Notwendigkeit.

Marco Herack:

Also so quasi so ein NATO-Pfennig.

Sebastian Dullien:

NATO-Pfennig oder man kann es auch als Erbschaftsteuer machen oder was auch immer. Man kann sich ja viel da einfallen lassen, wenn man das möchte. Aber wie

gesagt, es ist halt tatsächlich so, wir haben eine Schuldenbremse, die viel, viel enger ist, als wir das eigentlich brauchen. Jetzt kann man sagen, vielleicht war das gut, dass wir so was hatten, dann haben wir jetzt den Spielraum, uns da ein Sondervermögen in die Verfassung zu schreiben oder, ich meine, wir hätten sogar den Spielraum zu sagen, wir könnten permanent einfach diese 0,8 Prozent, um eben auf dieses NATO-Ziel von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu kommen, die können wir uns permanent zusätzlich leihen. Auch das wäre mit Schuldentragfähigkeit in Deutschland durchaus vereinbar. Es gibt aber aus meiner Sicht noch einen anderen Grund, warum man jetzt nicht anfangen sollte, an den Sozialausgaben für die Rüstung zu sparen. Der Punkt ist ja, dass wir, das geht ein bisschen von dem Wirtschaftlichen ab, aber wir haben ja eine Auseinandersetzung, die auch eine Auseinandersetzung sein wird, eine politische Auseinandersetzung. Also man braucht, wenn man Sanktionen lange gegen Russland aufrechterhält oder wenn man einen Konflikt da jetzt irgendwie führen möchte und gewinnen möchte, braucht man in der Demokratie die Unterstützung der Mehrheit. Und, klar, man kann jetzt sagen, in Kriegszeiten wird sowieso die Regierung unterstützt. Aber ich glaube, wir haben halt politische Kräfte, die eben näher auf der Seite von an der Stelle dann tatsächlich Russland stehen und die das instrumentalisieren würden. Also von daher, ich glaube nicht, dass man das jetzt gegeneinander ausspielen sollte, auch aus strategischem Eigeninteresse. Ganz abgesehen davon, dass wir damit in einer Gesellschaft landen, die wir noch weniger wollen als eine, die höhere Rüstungsausgaben hat. Also ich bin jetzt nicht gegen höhere Rüstungsausgaben, nicht falsch verstehen, aber eigentlich wäre eine Welt schöner, wo wir alle keine Rüstungsausgaben haben müssten. Aber das haben wir halt dann nicht. Das haben wir gerade gemerkt und wenn wir das schon haben müssen, sollten wir jetzt nicht noch probieren, dass die anderen Dinge, die uns wichtig und wertvoll sind, dass wir die dann deshalb gerade kürzen müssen.

Marco Herack:

Ich würde auch gern noch mal auf die Flüchtlinge zu sprechen kommen. Da haben wir ja bei 2015 dann gesehen, dass die Aufnahme der Flüchtlinge ja auch sogar einen wirtschaftlich positiven Effekt hatte. Also man hat natürlich gewisse Anlaufkosten, Bildungskosten, Sprachbildungskosten und so weiter und so fort, aber hinten raus tragen die dann was Positives zur Wirtschaft bei. Und ich sage das jetzt mal mit Klammer auf, natürlich wünschen wir gerade den Leuten, dass sie wieder in ihr Land zurückkommen und dass dann natürlich friedlich ist, Klammer zu.

Sebastian Dullien:

Das ist halt ein zweischneidiges Schwert. Also auch für Deutschland. Wenn jetzt da junge Ukrainerinnen, Ukrainer kommen und dann hierbleiben und hier arbeiten, dann trägt das schon dazu bei, dass hier natürlich mehr Arbeitskräftepotenzial ist, dass möglicherweise die Sozialversicherungen nachhaltiger werden und so. Also es kann für Deutschland durchaus da einen leicht positiven Effekt haben. Das hört sich jetzt so zynisch an, aber man muss natürlich auch wirklich sehen, das ist ein Brain

Drain für die Ukraine. Wenn das passiert, ist das für das Land auf der anderen Seite im Grunde noch mal ein Schlag. Also du nimmst dann die Leute, die die eigentlich brauchen für ihre eigene Zukunft, da weg und die kommen nach Deutschland. Das darf jetzt nicht falsch verstanden werden. Ich finde das total richtig, die aufzunehmen und ich hoffe auch, dass das in der Ukraine schnell wieder so ist, dass die dann auch zurückgehen können, aber wenn das nicht passiert, dann ist das halt ein dauerhafter Schaden jenseits der ganzen Kriegsverwüstungen für die Ukraine, aber könnte eben leicht positiv dann eben auch für den deutschen Arbeitsmarkt sein.

Marco Herack:

Ja gut, das wird sich dann tatsächlich an der Situation entscheiden. Also ich denke schon, dass wir auch rein von unseren Überlegungen her einkalkulieren müssen, dass zwar vielleicht der Krieg in einer gewissen Zeitschiene dort beendet wird, aber dass es dann halt mit dieser Beendigung dann auch passieren kann, dass wenig Anreiz besteht, dorthin zurückzugehen oder man auch im Westen sagt, wir können die Leute da nicht zurückschicken in dieses Land, wenn das halt besetzt ist oder ... ich denke da immer an den Irak oder an Syrien. Da ist der Krieg vielleicht im Großen und Ganzen erledigt, aber das, was du dort täglich auf der Straße siehst, entspricht quasi einem Krieg, zumindest in manchen Gegenden. Und ich glaube schon, dass wir das als Szenario mitbedenken sollten.

Sebastian Dullien:

Klar, das sehe ich auch ganz genauso. Ich will jetzt nicht in die Sicherheitspolitik abdriften, aber im Moment halte ich ein Szenario, wo die Ukraine ein Staat ist, wo man die Leute nicht hin zurückschickt, selbst nach Ende der kämpferischen Auseinandersetzung, für höher als eins, wo man die einfach locker dahin schicken würde.

Marco Herack:

Diese Ebenen sind wir jetzt mal durchgegangen oder diese Wirkkanäle, die uns da drohen jetzt oder mit denen wir werden umgehen müssen. Das schließt sich denn daraus? Also wie können wir jetzt schon darauf reagieren? Gibt es Abfederungsmaßnahmen, die wir treffen können?

Sebastian Dullien:

Also ich würde gern einmal noch mal ganz kurz, damit alle Hörerinnen und Hörer das auch jetzt zusammenfassend sich noch mal klarmachen. Also was wir jetzt da genannt haben, das sind im Grunde negative Nachfrage- und negative Angebotsschocks. Und in dieser Kombination bedeuten die, dass wir kurzfristig auf jeden Fall einen deutlich höheren Preisdruck bekommen und etwas weniger Wirtschaftswachstum. Also beim Wirtschaftswachstum ist die Richtung, da haben wir ja gerade gesagt, da sind ja gegensätzliche Kräfte. Da wird ja einerseits auch dann mehr Geld ausgegeben, was das Wachstum ein bisschen ankurbeln kann,

aber es kommt der dicke Dämpfer durch die Energiepreise. Aber all diese Maßnahmen führen eigentlich zu höherem Preisdruck. Und das kann relativ groß ausfallen. Also wir sitzen jetzt gerade dabei und überlegen bei unserer neuen Prognose, in welche Richtung geht das. Und letzte Woche hat der Bundesbankpräsident Nagel, allerdings wohl noch mit Daten von vor der Invasion gesagt, dass er sich durchaus vorstellen kann, dass es 5 Prozent dieses Jahr erreicht für Deutschland, also die Inflation im Gesamtjahr. Und wir kommen tatsächlich sogar auf mehr. Wir halten jetzt auch 6 Prozent oder sogar ein bisschen da drüber für nicht unwahrscheinlich, weil eben insbesondere allein durch die ganzen Energiepreise, die jetzt gestiegen sind, je nachdem wie das jetzt durchläuft. Und wir gehen da beim Gaspreis noch nicht mal von den jüngsten Preisanstiegen aus, sondern nur von dem, was am Tag vor der Invasion war, da kommen wir eben dann insgesamt schon auf so 6 Prozent oder ein bisschen mehr.

Marco Herack:

Das ist natürlich ein Pfund. Also da müssen wir ja mal kurz innehalten und festhalten, ich glaube, die EZB hatte so die Aussage, bis Ende des Jahres, also 2022 könnte die Inflation wieder auf 2 Prozent runterkommen. Wir haben damals auch immer darüber gesprochen – damals, ist jetzt noch nicht so lange her, muss ich gestehen, also paar Wochen, vielleicht sogar ein paar Monate – darüber, dass wir jetzt bei den Energiepreisen Einmaleffekte erleben. Jetzt haben wir da natürlich das Problem, in dem Sinne könnte das jetzt der quasi zweite Einmaleffekt sein. Also das ist jetzt der zweite Schock. Wir haben aber auch das Risiko für einen dritten Schock. Das muss man jetzt auch noch dazusagen. Weil wenn im Westen bei den Sanktionen jetzt der Konsens entsteht, okay, wir kaufen jetzt auch kein Gas und kein Öl mehr in Russland, dann gehen die Preise natürlich noch mal durch die Decke.

Sebastian Dullien:

Genau. Da kann eben jetzt noch was nachkommen. Und einfach nur mal so zum Vergleich, wir haben mit einem Gaspreis gerechnet von knapp über 70 Euro pro Megawattstunde so für den Rest des Jahres. Im Moment laufen die Futures bei über 200. Und, ja, vor einem Jahr waren die bei etwas über 20. Also das zeigt so die Größenordnung an.

Marco Herack:

Da ist dann auch ein bisschen die Frage, wenn diese dritte Sanktion kommt, wann kommt sie?

Sebastian Dullien:

Ja klar. Es hängt davon ab natürlich, wann so was kommt und ob so was kommt. Also jetzt mal ganz platt gesagt, wenn Deutschland sich 2040 entscheiden würde, kein russisches Öl mehr zu kaufen und kein russisches Gas, zu einem Zeitpunkt, wo wir eh dekarbonisiert sein wollen, dann ist das natürlich was ganz anderes, als wenn

ich das jetzt kurzfristig mache und das noch oben drauf setze. Aber es ist klar, die Gefahr ist da und damit muss man sich jetzt einfach auch noch mal auseinandersetzen.

Marco Herack:

Dem gegenüber steht dann auch wieder, dass jetzt natürlich die Bestrebungen, sich unabhängig vom russischen Gas zu machen, noch mal neuen Schub bekommen haben. Heißt aber am Ende auch nur, das, was wir eh schon vorhatten, die Dekarbonisierung, die wird jetzt ja noch mal mit mehr Geld zugebuttert.

Sebastian Dullien:

Na, ich denke, es heißt ... du hast ja gesagt, nicht nur, dass wir das tun wollen. Ich glaube, das ist eins der Elemente. Das zweite Element ist eben einfach die Quellen, woher wir unser Gas und unsere Kohle bekommen, diversifizieren. Also weil das ist eine Sache, die in der öffentlichen Debatte auch gar nicht so wahrgenommen wird, dass die Hälfte unserer Kohle eben auch aus Russland kommt. Und jetzt sagt man, Kohle, wofür braucht man das? Wir benutzen halt Kohle schon in den Hochöfen für die Stahlindustrie. Da wird man natürlich jetzt überlegen, wie macht man sich weniger abhängig von Russland.

Marco Herack:

Ja gut, das ist dann quasi neue Lieferanten suchen?

Sebastian Dullien:

Genau. Also diese Beschleunigung jetzt bei dem LNG, also dem Flüssiggasterminal in Norddeutschland, das hat natürlich auch schon was damit zu tun, dass man sich vom russischen Gas unabhängiger machen möchte und dann eben lieber Flüssiggas aus den USA, aus Katar oder aus Australien kriegen möchte.

Marco Herack:

Ich halte das ja für eines der größten Versagen der vorangegangenen Bundesregierungen, muss ich dazu sagen, weil es war ökonomisch erwiesen, dass überall, wo ein Flüssiggasterminal steht, das Gas billiger ist. So ein Ding also nicht gebaut zu haben, auch als Verhandlungsmasse, war nicht unbedingt die klügste Idee, obwohl es ja jahrelang im Gespräch war.

Sebastian Dullien:

Ja, wobei man da ehrlich gesagt ja sagen muss, da hat es auch eine etwas unheilige Allianz gegeben von verschiedenen Richtungen, die das unterstützt haben, so was nicht zu bauen, wo aus der Dekarbonisierungsecke dann ja immer das Argument kam, eigentlich wollen wir ja gar nicht mehr so viel Gas haben und dann sollen wir lieber so ein Terminal nicht bauen. Also da haben, glaube ich, ganz viele sich einfach verschätzt, was Russland angeht.

Marco Herack:

Wie kann man denn, und das war so ein bisschen der Hintergrund meiner Ursprungsfrage, also kann man denn wirklich durch mehr Geld jetzt noch mehr erreichen bei der Dekarbonisierung oder machen wir uns da ein bisschen was vor, ist das nicht mehr ein strukturelles Problem?

Sebastian Dullien:

Na ja, wir haben natürlich bei bestimmten Dingen Kapazitätsengpässe. Kapazitätsengpässe kann man ja auch angehen. Also ich sage jetzt mal einfach, wenn wir sagen, wir haben ein Problem, dass auf dem Bau zu wenig Leute da sind, um energetische Sanierungen umzusetzen und ich habe jetzt mehr Flüchtlinge da, dann kann man natürlich sagen, lasst uns doch probieren, die jetzt möglichst schnell zu beschäftigen und da anzulernen und eben noch mal einen richtigen Schub zu machen, in diesem Jahr möglichst viele Gebäude energetisch zu sanieren, damit wir im nächsten Winter weniger heizen müssen. Also da kann man durchaus schon was machen und zum Teil ist es auch dann eine Geldfrage. Klar, zum Teil hat man Kapazitätsengpässe, aber gerade mit so einem Blick von ... manche Kapazitätsengpässe kann man schon in einem halben Jahr (sehen?), andere, da braucht man ein bisschen länger zu. Aber dass man jetzt sagt, das ändert gar nichts, das, glaube ich, wäre eine Fehlwahrnehmung.

Marco Herack:

Aber wir müssen uns schon vergegenwärtigen, dass es jetzt nicht diese schnelle Lösung gibt. Also wir reden jetzt nicht darüber ...

Sebastian Dullien:

Nein. Nein, nein.

Marco Herack:

... dass irgendwo ein Schalter umgelegt wird.

Sebastian Dullien:

Nein und das ist natürlich auch der Punkt, das muss man sich klarmachen. Wenn man jetzt Gas aus Russland nicht mehr bezieht, wird das für uns ein ziemlich heftiger Schock sein, weil da hängt eben dran, dass wir möglicherweise Versorgungsengpässe kriegen und Versorgungsengpässe bedeuten dann einerseits, was möglicherweise Industrieanlagen abgeschaltet werden müssen. Wenn man sich diese Kaskadenregeln da anguckt für den Zivilschutz und für die Gasrationierung, dann sind eben die Großverbraucher die, die zuerst abgeschaltet werden. Das würde bedeuten, dass wir wahrscheinlich einen steigenden Strompreis haben. Das heißt, man muss auch beim Strom wahrscheinlich irgendwo rationieren bei den Großverbrauchern. Und es wird natürlich für die Privathaushalte deutlich teurer. Da muss man sich klarmachen, natürlich sind die Importe aus Russland irgendwie nur ein ganz, ganz kleiner Anteil unseres Bruttoinlandsproduktes, aber

wenn man wegen fehlenden Gases irgendwas Teures nicht mehr produzieren kann, dann fällt halt die ganze Wertschöpfung weg. Und das muss man einfach da auch im Hinterkopf behalten.

Marco Herack:

Und die Alternativen sind auch nicht immer wesentlich besser. Also nehmen wir zum Beispiel mal Aserbeidschan, die ja etwas kompensieren könnten, wenn russische Lieferungen ausfallen, da sehen wir halt, die schießen jetzt gerade wieder auf die Armenier, während keiner hinguckt. Also da könnten wir dann halt auch in so eine Situation reingeraten, dass wir dann wieder quasi mit einem anderen, ich nenne es mal, Partner in Anführungszeichen, ähnliche Probleme haben, die dann vielleicht auf einer anderen Skalierung zu finden sind.

Sebastian Dullien:

Na, ich meine, wenn man sich die Liste der großen Energielieferanten weltweit so anguckt und der Energieproduzenten, da sind halt einfach sehr viele unschöne Regime dabei. Also Katar kommt ja auch nicht mal so gut weg. Wenn ich mal über den Iran nachdenke, wo ja jetzt diskutiert wird, ob man mit einem neuen Iran-Abkommen mehr Rubel auf den Weltmarkt bringt, das sind ja alles tatsächlich Regierungen, Länder, die, ja, nicht die demokratischsten und stabilsten Partner sind für den Energiebezug.

Marco Herack:

Also, haben wir denn Kompensationsmöglichkeiten in der ganzen Geschichte?

Sebastian Dullien:

Ja klar. Wir können natürlich in gewisser Weise kompensieren. Wenn zu wenig Energie da ist, können wir da nicht mehr viel machen. Aber solange es jetzt nur über den Preis läuft, da gibt es durchaus Möglichkeiten. Und wir hatten ja vor ein paar Wochen, vor der Invasion, schon einmal über den Gaspreis gesprochen und über die Idee von Isabella Weber und mir, einen Gaspreisdeckel einzuführen für den Grundverbrauch bei den Haushalten, um jetzt diesen sozialen Druck da rauszunehmen, dass die Heizrechnung meinetwegen sich verdoppelt oder verdreifacht in den nächsten Monaten. Und unsere Idee war, zu sagen, ein gewisser Grundverbrauch für die Haushalte, da wird der Preis gedeckelt. Wir hatten da 7,5 Cent pro Kilowattstunde vorgeschlagen für, ich glaube, wir haben 8.000 Kilowattstunden da angesetzt. Und da wäre der Vorteil, dass das wirklich die Haushalte direkt entlasten würde. Ach so, wir haben da auch gesagt, dass nicht die Versorger das bezahlen müssen dann die Differenz zwischen den hohen Einkaufspreisen und diesem Weitergabepreis, sondern dass das aus dem Bundeshaushalt passieren müsste. Und das würde eben die Haushalte entlasten, das würde die gemessene Inflationsrate etwas drücken und gleichzeitig, da nur der Grundverbrauch auf diese Art subventioniert wäre, bliebe der Anreiz zum Energiesparen noch weiter bestehen.

Marco Herack:

Gerade für die reicheren Haushalte dann.

Sebastian Dullien:

Gerade für die reicheren Haushalte. Genau, für die reicheren Haushalte. Die wären auch prozentual nicht so entlastet, weil bei denen machen dann 8.000 Kilowattstunden möglicherweise einen kleineren Anteil von dem Gesamtgasverbrauch aus.

Marco Herack:

Und das könnte man dann auch über ein Sondervermögen finanzieren?

Sebastian Dullien:

Das könnte man über ein Sondervermögen finanzieren, genau. Oder man könnte auch hinterher überlegen, ob man eine Sondersteuer macht für Energieversorger, die jetzt hier abnorm hohe Profite in dieser Phase einfahren. Weil das wird es auch geben. Also wenn ich jetzt einen Versorger habe, der quasi sich gut abgesichert hat für die nächsten Monate und der aber jetzt trotzdem die Großhandelspreisveränderungen an seine Kunden weitergibt, der wird einfach dieses Jahr einen schönen Reibach machen auf Kosten der Kunden. Und in anderen Ländern wird jetzt schon drüber nachgedacht, wie man da mit einer Zusatzsteuer drauf zugreifen könnte.

Marco Herack:

Ich habe noch ein letztes Thema. Das ist die in Deutschland ja immer sehr beliebte Zinspolitik. Mal so vorweggreifend auf die Debatten, die wir erleben werden, wenn die Leute dann die hohe Inflation sehen, also kann die Notenbank da etwas tun in der Hinsicht?

Sebastian Dullien:

Nein, das kann sie nicht. Sondern da ist ja das Problem, das, was wir jetzt sehen, ist ein Energiepreisschock. Und der wird jetzt relativ schnell in den Endverbraucherpreisen sich niederschlagen. Die Europäische Zentralbank, was sie tun könnte, ist mit Zinserhöhungen dafür sorgen, dass die Wirtschaftsaktivität sonst geringer ausfällt und dass dann da in den anderen Bereichen die Preise und Löhne fallen, damit die Inflation niedriger ausfällt. Aber das dauert erstens länger, bis das wirkt, also da ist nicht absehbar, dass man das jetzt in den nächsten Monaten hinbekommt und das kommt natürlich mit massiven Kollateralschäden. In gerade einer Situation, wo ohnehin schon jetzt diese Art der Schocks auf die Wirtschaft einprasseln, wäre das aus meiner Sicht nicht besonders intelligent, das zu machen. Und wie gesagt, kurzfristig an der Inflationsrate in diesem Jahr würde das auch nicht viel ändern. Also möglicherweise hätte man ein bisschen einen stärkeren Euro und

die Importe wären ein bisschen günstiger. Aber da müsste man dann jetzt auch schon ganz schön auf die Zinsen drücken, damit da viel passiert.

Marco Herack:

Das ist so ein kleiner Nebenstrang bei der ganzen Geschichte, dass gerade der Euro gegenüber dem Dollar doch merklich an Wert verliert, weil das Kapital gerade in den Dollar flüchtet als sichere Währung.

Sebastian Dullien:

Ja, sichere Währung und man muss einfach dazusagen, die USA sind netto Energieexporteure. Das heißt, denen tut das eigentlich nicht besonders weh, wenn der Gas- und der Ölpreis steigt. Und die Eurozone ist einfach ganz deutlich netto Energieimporteur. Das heißt, bei denen steigt auch einfach die Importrechnung mit diesen Preisveränderungen.

Marco Herack:

Sebastian Dullien, ich danke dir für das Gespräch.

Sebastian Dullien:

Ja, danke für die Moderation, Marco.

Marco Herack:

Wenn ihr noch ein paar Gedanken zu dem Thema habt, dann würden die uns brennend interessieren. Das heißt, ihr könnt uns auf Twitter antickern @boeckler_de oder eine E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Und, ja, wenn ihr möchtet, könnt ihr Sebastian auf Twitter erreichen @SDullien, also Sebastian Dullien. Und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Vielen Dank fürs Zuhören. euch eine schöne Zeit und bis bald. Tschüss.

Sebastian Dullien:

Tschüss.